

Stephan Sielschott

Der Diskurs über eine Beteiligung Großbritanniens am Irak-Krieg. Eine Argumentations-Analyse der Berichterstattung der britischen Tageszeitung *The Guardian*

Abstract: The author argues that in the run-up to British participation in the Iraq War, the *Guardian* slightly privileged war-critical arguments as compared to war-supporting arguments. It was probably helpful to the British government that the *Guardian* characterized the Iraqi regime mainly as problematic and dangerous. However, the government's arguments did not win recognition in any other argumentation area. The impression dominated that war would result in casualties and costs, that it would be based on illegitimate goals and that it would be counter-productive in reaching legitimate goals. Moreover, the domestic decision-making process was evaluated as undemocratic, and the commitment to military power was judged as violating international law. The question of a possible post-war order was only marginally discussed.

Kurzfassung: Der Autor arbeitet heraus, dass der *Guardian* kriegskritische Argumente im Vorfeld der britischen Beteiligung am Irak-Krieg gegenüber kriegsbefürwortenden Argumenten leicht bevorzugte. Die dominierende Charakterisierung des irakischen Regimes als problematisch und gefährlich dürfte der britischen Regierung entgegengekommen sein. In keinem anderen Argumentationsbereich jedoch haben sich die Argumente der Regierung durchgesetzt. Im Gegenteil dominierte der Eindruck, ein Krieg fordere Opfer und Kosten, werde für illegitime Ziele geführt und sei, was das Erreichen legitimer Ziele angeht, kontraproduktiv. Überdies wurde der innenpolitische Entscheidungsfindungsprozess als undemokratisch und ein Einsatz militärischer Gewalt als völkerrechtswidrig dargestellt. Die Frage, wie eine Nachkriegsordnung aussehen könnte, wurde lediglich am Rande thematisiert.

1. Einleitung

Die britische Regierung um Premierminister Toni Blair legte sich bereits im Sommer 2002, ein gutes halbes Jahr vor Beginn der Invasion im März 2003, auf ein militärisches Vorgehen gegen Irak, an der Seite der USA, fest. Dies lassen verschiedene, ehemals als geheim klassifizierte, im Wahlkampf 2005 jedoch in der britischen Presse lancierte interne Dokumente der britischen Regierung, als sehr wahrscheinlich erscheinen (vgl. Danner 2006).

Die Kriegspläne begründeten aus Sicht der Regierung die intern explizit geäußerte Notwendigkeit, die Öffentlichkeit mittels einer Medienkampagne von der Legitimität und Legalität militärischen Vorgehens zu überzeugen (vgl. Danner 2006, 116). Die Kampagne sollte insbesondere die eher pazifistisch gesinnte links-liberale Öffentlichkeit sowie kriegskritische Labour-Abgeordnete mobilisieren. Dieser Mobilisierungsanspruch der britischen Regierung belegt, welche große Bedeutung politische Akteure der Medienberichterstattung und ihren Wirkungen zuschreiben. Will eine Regierung in den Krieg ziehen, so wird sie versuchen, die Wahlbürger über die Medien von der Notwendigkeit kriegerischen Handelns zu überzeugen (Müller 2002, 2).

Weil davon auszugehen ist, dass die Zielgruppen der Regierungskampagne sich über die links-liberale Presse informierten, diese also zu ihrer Meinungsbildung beitrug, fokussiert die Analyse im Folgenden auf die britische Tageszeitung *The Guardian*.¹

Eine Reihe von Inhaltsanalysen widmet sich der Medienberichterstattung im Vorfeld des Irak-Krieges.² Es fällt auf, dass die einzelnen Beiträge dabei auf eng umrissene Aspekte fokussieren. Eine Untersuchung, die das gesamte Spektrum an Argumenten beleuchtet, sucht man jedoch vergebens.

Im Mittelpunkt dieser inhaltsanalytischen Untersuchung steht die Frage, welche Argumente für und gegen eine Beteiligung Großbritanniens am Irak-Krieg, in welchem Ausmaß Eingang in die Berichterstattung des *Guardian* fanden.³ Analyse und Ergebnisdarstellung gliedern sich in zwei Abschnitte. In Abschnitt 3 werden die kodierten Textinhalte ausschließlich als Pro- und Contra-Argumente analysiert. Dem liegt die Annahme zu Grunde, dass sich die Rezipienten-Wahrnehmung im Vorfeld des Irak-Krieges in einem hohen Maße auf die entscheidende politische Frage konzentrierte, ob sich Großbritannien an einem Krieg gegen Irak beteiligen sollte oder nicht. Die Messung der quantitativen Verteilung von Pro- und Contra-Argumenten zielt ab auf die Beantwortung der Frage, in welchem Ausmaß und mit welcher Entschiedenheit der *Guardian* eine militärische Intervention unterstützte oder ablehnte.

1. Eine Befragung aus dem Jahr 2001 ergab, dass 49 % der Labour-Abgeordneten des Unterhauses *Guardian Unlimited* als bevorzugte Online-Zeitung nutzten. 40 % aller Abgeordneten informierten sich über das Online-Portal des *Guardian*, womit *Guardian Unlimited* das beliebteste Internet-Portal aller britischen Tageszeitungen darstellte (vgl. Ipsos Mori 2001).
2. Vgl. u. a. Clark/Christie 2005; Christie 2006; Foyle 2004; Nikolaev/Hakanen 2006.
3. Dieser Artikel basiert auf der Abschlussarbeit „Der Diskurs über eine Beteiligung Großbritanniens am Irak-Krieg. Eine Frame-Analyse der Berichterstattung der britischen Tageszeitung *The Guardian*“, die der Autor 2007 im Rahmen des Masterstudiengangs „Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ der Universität Hamburg einreichte.

Die Debatte um eine britische Kriegsbeteiligung wurde jenseits der Primärunterscheidung zwischen pro und contra innerhalb verschiedener Argumentationsbereiche geführt. In Abschnitt 4 soll überprüft werden, in welchem Ausmaß die verschiedenen Argumentationsbereiche im Rahmen von Pro- und Contra-Argumentationen thematisiert wurden. Im Vorfeld der quantitativen Inhaltsanalyse wurden die Argumentationsbereiche mittels eines gemischt theorie- und empiriegeleiteten Verfahrens identifiziert. Ziel dieser Kategorienbildung war es, gleichartige oder ähnliche Argumentationsmuster als Argumentationsbereich zusammenzufassen.

Die Identifizierung verschiedener Argumentationsbereiche innerhalb eines Diskurses erfolgte mit Bezug auf das kommunikationswissenschaftliche Framing-Konzept. „Framing“ bedeutet, bestimmte Aspekte der wahrgenommenen Realität innerhalb eines kommunikativen Textes hervorzuheben, um die Interpretation und Bewertung eines Sachverhaltes durch Rezipienten, entsprechend eigener Interessen, zu beeinflussen (vgl. Entman 1993 u. 2007). Entman unterscheidet vier Frame-definierende Elemente, deren Verknüpfung innerhalb eines Textes den Frame bzw. Interpretationsrahmen eines Themas definiert. Ein Frame besteht demnach aus Problemdefinitionen, Ursachenzuschreibungen, Bewertungen und Handlungsempfehlungen bzw. Zieldefinitionen (vgl. Entman 1993, 52). Kliment betont darüber hinaus mit Bezug auf Framing-Anforderungen sozialer Bewegungen, dass die Motivation der Aktivisten entscheidend vom Glauben an die Effektivität und Effizienz einer Aktion abhängt (1994, 98).

Die Argumentationsbereiche wurden mit Blick auf Frame-definierende Elemente konstruiert, ohne sie jedoch „eins zu eins“ aus dem theoretischen Konzept zu übernehmen. Der Framing-Ansatz fungierte dabei als „sensibilisierendes Konzept“ bzw. als „Theorie-Linse“, mit deren Hilfe relevante Kategorien in der Auseinandersetzung mit dem empirischen Material entdeckt werden konnten (vgl. Kluge/Kelle 1999). Im Zuge der insofern theoretisch informierten Auswertung von Originalquellen¹, gegenstandsbezogener Literatur² sowie Artikeln des Guardian wurden acht Argumentationsbereiche identifiziert, mittels derer die Vielfalt empirisch beobachtbarer Argumente kategorisiert wurde.

Diskutiert wurde, ob und inwiefern das irakische Regime eine Friedensbedrohung darstellte, welche politischen Ziele mittels einer militärischen Intervention erreicht werden sollten, wie effektiv und effizient ein Krieg geführt werden konnte, ob eine militärische Intervention völkerrechtlich legal war, inwieweit die beteiligten Staaten generell im Rahmen des UN-Systems handelten, wie sich die Verbündeten Großbritanniens in der Kriegsfrage positionierten, ob die britische Regierung Bevölkerung und Parlament ausreichend informierte, beteiligte und repräsentierte und wie die politische und wirtschaftliche Transformation Iraks in Folge einer Intervention aussehen könnte.

Untersucht wurde ein Artikel pro Tag, vom 1. September 2002, dem Beginn der „heißen“ Phase im Konflikt um eine britische Kriegsbeteiligung,³ bis zum 19. März 2002, dem letzten Tag des Vorkriegskonflikts.

Zwar bezieht sich die inhaltsanalytische Messung lediglich auf das Vorhandensein von Medieninhalten, auf einer Plausibilitätsebene kann und soll aber durchaus eingeschätzt werden, inwieweit die Kampagne der britischen Regierung erfolgreich war. Auf Grundlage einer Rekonstruktion der außenpolitischen Ziele und Strategien der Regierung Blair (vgl. Abschn. 2) und mit Blick auf die Ergebnisse der Argumentationsanalyse wird deshalb in Abschnitt 5 abschließend zu entscheiden sein, inwieweit die Berichterstattung des Guardian den Mobilisierungsinteressen der britischen Regierung ent- bzw. widersprach. Ein besonders Augenmerk liegt hier auf der Frage, innerhalb welcher Argumentationsbereiche sich die Regierungsargumente durchsetzen konnten bzw. innerhalb welcher Bereiche der Guardian eine eher kriegskritische Haltung transportierte.

2. Die Irak-Strategie der Regierung Blair

Bereits 1998 forderte eine Gruppe neokonservativer Republikaner in einem offenen Brief an Präsident Bill Clinton den Sturz Saddam Husseins (vgl. Project for the New American Century 1998). Der Strategiewechsel vom Containment zum Regime Change kündigte sich im selben Jahr in Gestalt des mit republikanischer Mehrheit vom Kongress verabschiedeten Iraq Liberation Act an (vgl. Iraq Liberation Act 1998). Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 verdichteten sich im Verlauf des Jahres 2002 die Anzeichen dafür, dass die US-Regierung sich mit dem Ziel des Sturzes Saddam Husseins auf ein militärisches Vorgehen gegen Irak kaprizieren würde. Bezeichnete Präsident Bush Irak in seiner Rede zur Lage der Na-

1. Es handelt sich um interne, später jedoch „durchgesickerte“ und in der Presse lancierte Dokumente der britischen Regierung (vgl. Danner 2006).
2. Vgl. Bamford 2005; Blix 2004; Bluth 2004; Clarke 2004; Cornish 2004; Kampfner 2003; Keohane 2004; Kubbig 2003; Münkler 2003; Naughtie 2004; Risen 2006; Shawcross 2003; Woodward 2004.
3. Der Guardian veröffentlichte im September 2002 431 Artikel, in denen das Wort Iraq vorkam, während im August lediglich 197 und im Juli 105 Artikel zu verzeichnen waren. Wichtige konfliktrelevante Ereignisse fielen in den September 2002. Zu nennen sind hier insbesondere die Rede des US-amerikanischen Präsidenten vor der UN-Generalversammlung am 12.9., die Veröffentlichung der US National Security Strategy am 17.9., die Veröffentlichung eines ersten Dossiers zu Massenvernichtungswaffen im Irak durch die britische Regierung am 24.9. sowie eine Debatte des britischen Unterhauses zum Irak-Konflikt, ebenfalls am 24.9.

tion im Januar 2002 schon als Teil einer „Achse des Bösen“ (vgl. Risen 2006, 86), so stellte er im April gegenüber einem britischen Journalisten unmissverständlich klar: „I made up my mind that Saddam needs to go“ (zit. n. Woodward 2004, 119).

Die Regierung Blair, dies belegt das als geheim klassifizierte, im Wahlkampf 2005 jedoch in der Presse lancierte sogenannte „Downing Street Memo“ (vgl. Danner 2006, 87-93), ging spätestens ab dem 23. Juli von einer Vorentscheidung Bushs aus. An diesem Tag berichtete John Scarlett, der Vorsitzende des Joint Intelligence Committees (JIC) den anderen Senior Officials der britischen Regierung von Gesprächen, die er zuvor mit hochrangigen Vertretern der US-Regierung geführt hatte: „There was a perceptible shift in attitude. Military action was now seen as inevitable. Bush wanted to remove Saddam, through military action“ (zit. n. Danner 2006, 88-89).

Was die USA anging, waren die Würfel also spätestens acht Monate vor Kriegsbeginn gefallen. Die Regierung Blair als engster Verbündeter hatte spätestens zu diesem Zeitpunkt eine strategische Entscheidung zu treffen. Als erste Schlussfolgerung hält das Downing Street Memo vom 23. Juli 2002 fest: „We should work on the assumption that the UK would take part in any military action“ (zit. n. Danner 2006, 92). Schon im März 2002 hatte David Manning, Tony Blair's Foreign Policy Adviser, Condoleezza Rice (zit. n. Danner 2006, 129) und Paul Wolfowitz (zit. n. Danner 2006, 134) versichert, Großbritannien werde die US-Politik des Regime Change unterstützen. Dies empfahl auch das ebenfalls im März 2002 von Regierungsberatern produzierte und geheim gehaltene Iraq Option Paper (zit. n. Danner 2006, 94-116). Zudem wurde in dem Dokument jenseits aller Treueschwüre gegenüber den USA argumentiert, Großbritannien habe ein genuines Eigeninteresse am gewaltsamen Regime Change: „In sum, despite the considerable difficulties, the use of overriding force in a ground campaign is the only option that we can be confident will remove Saddam and bring Iraq back into the international community“ (zit. n. Danner 2006, 114). Auch alternative Strategien wurden diskutiert, doch „Tougher containment would not re-integrate Iraq into the international community as it offers little prospect of removing Saddam“ (zit. n. Danner 2006, 102). Es ist also davon auszugehen, dass Tony Blair spätestens im Sommer 2002 damit rechnete, Großbritannien an der Seite der USA in den Krieg gegen Irak zu führen.

Das außenpolitische Ziel im Hinterkopf sah sich Tony Blair innenpolitisch mit breiten Widerständen konfrontiert. Im Parlament lehnte eine große Zahl von Abgeordneten aller Parteien, insbesondere auch der Labour Party, den drohenden Krieg gegen Irak ab. Außerparlamentarisch opponierten die Grüne Partei, führende Persönlichkeiten der großen christlichen Kirchen, muslimische Wortführer sowie die viele Einzelgruppen umfassende Stop the War Coalition (Keohane 2004, 68). Ab September 2002, so Keohane, realisierte Tony Blair, dass seine Pläne innenpolitisch nicht durchzusetzen seien, wenn es ihm nicht gelänge, einen Krieg als absolut notwendig und völkerrechtskonform darzustellen (2004, 72). Dies war auch mit Blick auf die eigene Regierung notwendig, denn mit dem Leader of the House of Commons und früheren Foreign Secretary Robin Cook und der Secretary of State for International Development Clare Short saßen die Kritiker Blairs auch am Kabinettstisch (Naughtie 2004, 133).

Angesichts dieser innenpolitischen Restriktionen war das außenpolitische Ziel nur mittels einer spezifischen außenpolitischen Strategie zu erreichen. Am 7. September 2002 verabredeten Tony Blair und George W. Bush ein Tauschgeschäft (Kampfner 2003, 197). Entgegen der Empfehlungen Vice President Dick Cheney's und Secretary of Defense Donald Rumsfelds versprach Bush Blair, den Weg über die UN zu gehen und eine entsprechende Ermächtigungs-Resolution anzustreben. Im Gegenzug sagte Blair zu, Bush auch dann in den Krieg zu folgen, wenn eine solche Resolution nicht zustande kommen sollte.

Im September 2002 „the attempt to sell the war began in earnest“ (zit. n. Danner 2006, 17), wie White House Chief of Staff Andrew Card freimütig einräumte. Dies musste angesichts des organisierten Widerstandes wie auch der Umfrageergebnisse¹ umso mehr für die britische Regierung gelten. Verschiedene interne Dokumente proklamierten deshalb die Notwendigkeit einer

„media campaign to warn of the dangers that Saddam poses and to prepare public opinion both in the UK and abroad (zit. n. Danner 2006, 116). Time will be required to prepare public opinion in the UK that it is necessary to take military action against Saddam Hussein. There would also need to be a substantial effort to secure the support of Parliament“ (zit. n. Danner 2006, 162).

Schon im März 2002 hatte Foreign Secretary Jack Straw gegenüber Tony Blair gemutmaßt, innerhalb der Parliamentary Labour Party gebe es zur Zeit keinerlei Mehrheit für jedweden Einsatz militärischer Gewalt gegen Irak (zit. n. Danner 2006, 144). Dies zu ändern sei notwendig, aber ein mühseliges Unterfangen und erfordere die besondere Betonung vier zentraler Punkte (zit. n. Danner 2006, 144-145).

Erstens müsse den Parlamentariern das Ausmaß der irakischen Bedrohung klargemacht werden. Zweitens hätte man zu erklären, warum die irakische Bedrohung gefährlicher sei als Iran und Nord Korea. Drittens sei darzulegen, wie mit Hilfe

1. Ende August 2002 lehnten 50 % der Briten eine militärische Intervention gegen Irak ab, während lediglich 33 % der Bevölkerung einen Militärschlag befürworteten (vgl. ICM Research 2002a).

militärischer Gewalt eine kooperierende, gesetzestreue irakische Regierung geschaffen werden könne und viertens müsse der Einsatz militärischer Gewalt als völkerrechtlich legitim dargestellt werden.

Hiermit sind die zentralen Ziele der anvisierten Medienkampagne benannt worden. Im Rahmen dieser Studie wird im Folgenden zu prüfen sein, inwieweit und bezüglich welcher Argumentationsbereiche die Berichterstattung des Guardian den Mobilisierungsinteressen der britischen Regierung entsprach.

3. Argumente für und gegen den Irak-Krieg

Dieser Abschnitt widmet sich der mehrdimensionalen Analyse von Argumenten für und gegen eine Beteiligung Großbritanniens am Irak-Krieg. In Abschnitt 3.1 wird untersucht, wie sich die Pro- und Contra-Argumente über den gesamten Analysezeitraum hinweg verteilten. Abschnitt 3.2 prüft die Frage, ob ein Zusammenhang zwischen der Richtung eines Arguments und der Ausführlichkeit bestand, mit der es thematisiert wurde. In Abschnitt 3.3 wird zu hinterfragen sein, in welchem Ausmaß die Richtung eines Arguments bestimmte, ob dieses Argument kritisiert oder hinterfragt wurde. Abschließend soll in Abschnitt 3.4 analysiert werden, wie häufig die am Konflikt beteiligten Akteure jeweils im Rahmen von Pro- und Contra-Argumenten zitiert wurden.

3.1 Die Verteilung von Pro- und Contra-Argumenten

Die Thematisierung eines Argumentationsbereichs strukturiert die Wahrnehmung und Einstellung der Rezipienten umso stärker, je häufiger er medial thematisiert wird. Aus diesem Grund ist die Frage, ob der Guardian mehr Argumente für oder gegen eine britische Kriegsbeteiligung thematisierte, von großer Bedeutung.

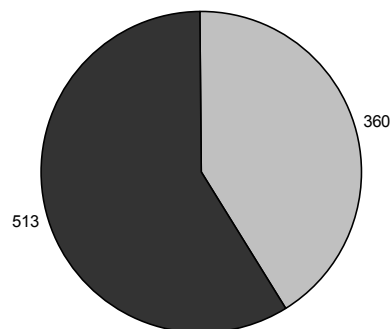


Abbildung 1

Innerhalb der 168 analysierten Artikel wurden insgesamt 873 Argumente kodiert (vgl. Abb. 1). 513 bzw. 58,8 % dieser Argumente wurden als Contra-Argumente verzeichnet, da sie sich kritisch auf den britischen Regierungsplan einer Beteiligung am Irak-Krieg oder auf die militärische Intervention gegen Irak als solche bezogen. 360 Aussagen bzw. 41,2 % der Argumente rechtfertigten dagegen die Strategie Blairs.

Zwar lässt sich angesichts der Verteilung der Argumente schlussfolgern, dass der Guardian den Konflikt um eine britische Beteiligung am Irak-Krieg eher im Sinne der Kriegsgegner begleitete. Jedoch fällt die quantitative Dominanz der Contra-Argumente nicht so eindeutig aus, als dass dies eine klare Antikriegs-Berichterstattung anzeigen würde. Eher sprechen die Zahlen für eine nahezu ausgewogene Herangehensweise, die Pro- und Contra-Standpunkte in einem vergleichbaren Ausmaß berücksichtigte.

3.2 Die Gewichtung von Pro- und Contra-Argumenten

Die Wirkung eines Arguments auf die Wahrnehmung des Publikums wird nicht nur von der Häufigkeit seiner Thematisierung beeinflusst, sondern darüber hinaus auch von der Ausführlichkeit, mit der es dargestellt wird. Es ist zu vermuten, dass ein Argument die Meinungsbildung der Leser umso stärker prägt, je ausführlicher es besprochen wird.

Ein Haupt-Argument wurde im Zuge der Erhebung kodiert, wenn es als das zentrale oder eines von höchstens drei zentralen Argumenten eines Artikels vorkam. Beispielsweise wurde es in der Überschrift angesprochen, nahm besonders viel Platz ein oder wurde mit besonderem Nachdruck vertreten. Ein Neben-Argument fand dagegen eher beiläufig, auf geringem Raum, z. B. innerhalb eines einzelnen Satzes, Erwähnung.

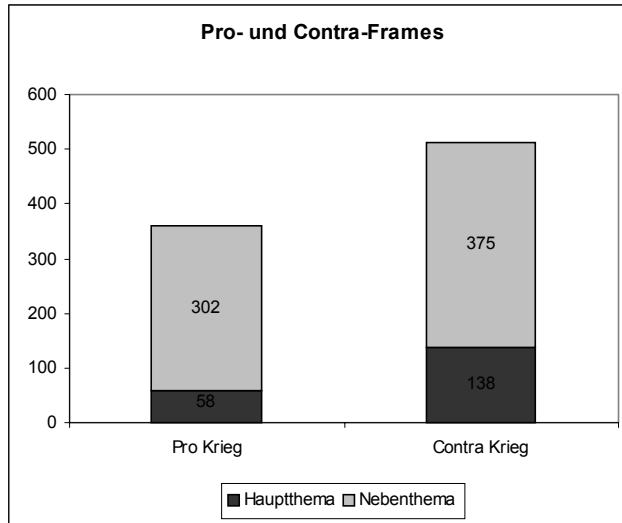


Abbildung 2

Innerhalb der Gruppe der 360 Pro-Argumente waren 16,1 % Haupt- und 83,9 % Neben-Argumente zu verzeichnen (vgl. Abb. 2). Bei den Contra-Argumenten entfielen immerhin 26,9 % der Argumente auf die Kategorie Haupt-Thema, während 73,1 % der Aussagen als Neben-Themen kodiert wurden.

Contra-Argumente wurden demnach tendenziell ausführlicher thematisiert als Pro-Argumente. Damit besaßen sie etwas größere Chancen, in Bezug auf die Rezipienten meinungsbildend zu wirken.

3.3 Kritik von Pro- und Contra-Argumenten

Die Wirkung eines Arguments hängt nicht nur von der Thematisierungshäufigkeit und der Gewichtung ab, sondern auch davon, ob es hinterfragt oder kritisiert wird. Je häufiger ein Argument unhinterfragt platziert wird, so die Annahme, desto stärker fällt die Wirkung aus. Im Umkehrschluss entfaltet ein mit einem Gegen-Argument konfrontiertes Argument eine geringere Wirkung.

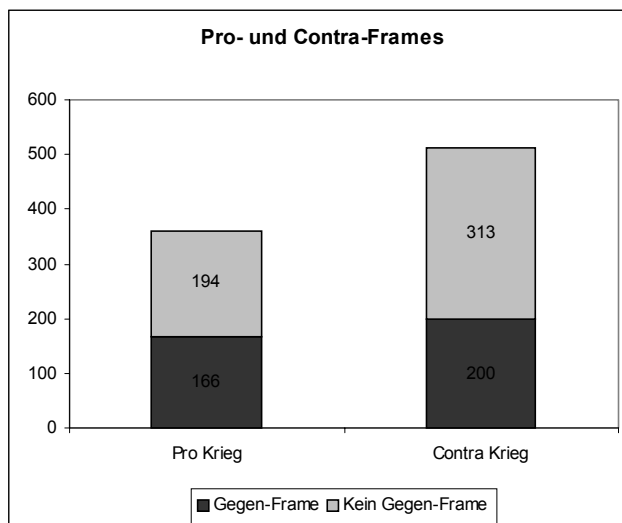


Abbildung 3

46,1 % aller Pro-Argumente wurden innerhalb desselben Artikels hinterfragt, kritisiert bzw. mit einem Gegen-Argument konfrontiert (vgl. Abb. 3). Dies trifft hinsichtlich der Contra-Argumente bei lediglich 39 % der Aussagen zu.

Kriegsbefürwortende Argumente wurden also etwas häufiger kritisiert als kriegsablehnende Argumente. Auch aufgrund dessen ist zu vermuten, dass Contra-Argumente eine leicht größere Wirkung entfalten konnten.

3.4 Im Rahmen von Pro- und Contra-Argumenten zitierte Akteure

Im nächsten Schritt wurden die Argumente jeweils Akteuren zugeordnet, um bestimmen zu können, wie oft die Positionen und Argumente der einzelnen Akteure und Akteurs-Gruppen zitiert wurden.¹ Ohne Public-Relations-Effekte direkt messen zu können, kann der Kampagnen-Erfolg der Akteure somit zumindest auf einer Plausibilitätsebene eingeschätzt werden. Insbesondere wird zu bestimmen sein, ob die einzelnen Akteure eher mit Pro- oder Contra-Argumenten zitiert wurden.

	Pro- und Contra-Frames		Total
	Pro Krieg	Contra Krieg	
GB-Regierung	145 85.3% 40.3%	25 14.7% 4.9%	170 100.0% 19.5%
Labour-Party	13 18.3% 3.6%	58 81.7% 11.3%	71 100.0% 8.1%
Kritische Regierungen	3 4.8% 0.8%	59 95.2% 11.5%	62 100.0% 7.1%
US-Regierung	51 92.7% 14.2%	4 7.3% 0.8%	55 100.0% 6.3%
Guardian	70 23.9% 19.4%	223 76.1% 43.5%	293 100.0% 33.6%
Andere	78 35.1% 21.7%	144 64.9% 28.1%	222 100.0% 25.4%
Total	360 41.2% 100.0%	513 58.8% 100.0%	873 100.0% 100.0%

Tabelle 1

Mit einem Anteil von 74,6 % wurde der Großteil der Argumente fünf Akteuren bzw. Akteurs-Gruppen zugeordnet, dem Guardian, der britischen Regierung, Vertretern der Labour-Party, kriegskritischen Regierungen sowie der US-Regierung (vgl. Tab. 1). In 293 Fällen war der Guardian als zitierter Akteur eines Arguments zu kodieren, da kein anderer Akteur zitiert wurde. Die zumeist kriegskritischen Argumente (76,1 %) des Guardian kennzeichnen, dass sie relativ ausführlich dargestellt und vergleichsweise selten kritisiert wurden.

Blendet man den Guardian als Akteur einmal aus, entfielen die meisten Argumente, nämlich 170 auf die britische Regierung. Jedoch wurden Regierungsargumente deutlich weniger ausführlich thematisiert als die dem Guardian oder Vertretern der Labour-Party zugeschriebenen Argumente. 85,3 % dieser Aussagen stellten kriegsbefürwortende Argumente dar. Die Contra-Argumente gingen größtenteils auf kriegskritische Minister innerhalb der Regierung zurück (vgl. Abschn. 2).

In jeweils ähnlichen jedoch deutlich geringeren Umfängen wurden Argumente Vertretern der Labour Party, kriegskritischen Regierungen sowie der US-Regierung zugeordnet. Auf Angehörige der Labour Party entfielen 71 Aussagen. 81,7 % dieser Aussagen wendeten sich gegen eine Kriegsbeteiligung, wobei die Argumente relativ ausführlich thematisiert wurden. In 62

1. Als zitierter Akteur war ein Akteur jeweils zu kodieren, wenn er direkt oder indirekt mit einem Argument zitiert wurde. Bei Nennung mehrerer Akteure war der Haupt-Akteur zu notieren. Als Haupt-Akteur sollte derjenige Akteur gelten, welcher am häufigsten genannt wurde bzw. auf den der größte Teil eines Arguments zurückging. Wurden mehrere „gleichberechtigte“ zitierte Akteure identifiziert, war also kein einzelner Haupt-Akteur auszumachen, so wurde kein Akteur notiert. Der Guardian war zu kodieren, wenn kein einziger Akteur zitiert wurde.

Fällen waren kriegskritische Regierungen als zitierter Akteur von Argumenten zu kodieren. 95,2 % dieser Argumente zielten auf eine Kritik des Irak-Krieges ab. Umgekehrt befürworteten 92,7 % der 55 der US-Regierung zugewiesenen Argumente eine militärische Intervention gegen Irak. Die Argumente der US-Regierung nahmen dabei eindeutig am wenigsten Raum ein, wurden aber mit Abstand am häufigsten kritisiert.

4. Die Thematisierung verschiedener Argumentationsbereiche

Über die Einteilung in Pro- und Contra-Argumente hinaus wurden die Textinhalte verschiedenen Argumentationsbereichen zugeordnet. Die Verteilung der Argumente auf die Argumentationsbereiche wird in Abschnitt 4.1 diskutiert. Dabei wird innerhalb der acht Argumentationsbereiche jeweils zwischen einem Bereich kriegsbefürwortender Argumente (Pro-Bereich) und einem Bereich kriegsablehnender Argumente (Contra-Bereich) unterschieden. Anschließend wird in Abschnitt 4.2 zu hinterfragen sein, ob bestimmte Akteure spezifische Argumentationsbereiche besonders häufig thematisierten. Innerhalb der einzelnen Argumentationsbereiche kristallisierten sich im Zuge der Kategorienbildung zahlreiche Unter-Kategorien heraus. Abschließend ist in Abschnitt 4.3 zu analysieren, wie sich die Argumente innerhalb der Argumentationsbereiche auf die unterschiedlichen Unter-Kategorien verteilen.

4.1 Die Verteilung der Argumente auf die Argumentationsbereiche

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte %
Pro: Der Irak ist das Problem	142	16.3	16.3
Contra: Wir handeln demokratisch	101	11.6	27.8
Contra: Der Krieg ist legal	85	9.7	37.6
Contra: Der Irak ist das Problem	70	8.0	45.6
Contra: Krieg ist kein Problem	65	7.4	53.0
Contra: Wir handeln im VN-Rahmen	63	7.2	60.3
Contra: Das ist unser Ziel	61	7.0	67.2
Contra: Wir haben Verbündete	60	6.9	74.1
Pro: Wir Handeln im VN-Rahmen	45	5.2	79.3
Pro: Das ist unser Ziel	42	4.8	84.1
Pro: Krieg ist kein Problem	38	4.4	88.4
Pro: Wir haben Verbündete	32	3.7	92.1
Pro: Der Krieg ist legal	29	3.3	95.4
Pro: Wir handeln demokratisch	23	2.6	98.1
Contra: Unser Nach-Kriegs-Plan	9	1.0	99.1
Pro: Unser Nach-Kriegs-Plan	8	0.9	100.0
Total	873	100.0	

Tabelle 2

Mit 142 Thematisierungen in 168 kodierten Artikeln bildete der Pro-Argumentationsbereich „Irak ist das Problem“ eindeutig den am häufigsten angesprochenen aller 16 Pro- und Contra-Argumentationsbereiche (vgl. Tab. 2). 16,3 % aller Argumente beschrieben die Politik Iraks bzw. Saddam Husseins als problematisch, d.h. im negativen Sinne folgenreich für die irakische Bevölkerung, andere Staaten oder die internationale Gemeinschaft insgesamt. 40,2 % aller Argumente für eine Kriegsbeteiligung entfielen auf diesen Argumentationsbereich, womit der Kritik des irakischen Regimes innerhalb des Pro-Bereichs eine überragende Bedeutung zukam. Der problematische Charakter des irakischen Regimes wurde dagegen lediglich in 8 % aller Argumente bestritten, für nicht erwiesen erklärt oder relativiert.

Die mit Abstand wenigsten Nennungen verzeichneten dagegen die Pro- und Contra-Bereiche „Unser Nach-Kriegs-Plan“. In nur acht Fällen (0,9 %) bezogen sich Aussagen positiv auf politische oder wirtschaftliche Transformations- oder Wiederaufbaupläne in Folge einer erfolgreichen Intervention. Lediglich neun Argumente (1 %) kritisierten bzw. forderten solche Pläne oder bemängelten, dass entsprechende Pläne nicht existierten. Damit spielte eine mögliche Nachkriegsordnung sowohl im Diskurs der Kriegsbefürworter, als auch in den Argumentationen der Kriegsgegner nahezu keine Rolle.

Weiterhin fällt auf, dass dem Pro-Bereich „Irak ist das Problem“ in der Rangliste der am häufigsten thematisierten Argu-

mentationsbereiche sieben Contra-Bereiche folgen. Mit Ausnahme des Bereichs „Irak ist das Problem“ wurden die Contra-Bereiche somit durchweg häufiger angesprochen als ihre jeweiligen, einen Krieg befürwortenden Komplementär-Bereiche.

Unter den kriegsablehnenden Argumentationsbereichen wurde der Contra-Bereich „Wir handeln demokratisch“ mit 101 Nennungen am häufigsten thematisiert. Somit stellten 11,6 % aller Argumente darauf ab, dass eine militärische Intervention von der Bevölkerung nicht unterstützt werde, das Parlament nicht in ausreichendem Maße an der Entscheidungsfindung beteiligt sei oder die Informationspolitik der Regierung mangelhaft ausfalle. Im Gegensatz dazu bezogen sich lediglich 2,6 % aller Argumente positiv auf den innenpolitischen Entscheidungsfindungsprozess. Hier spiegelte der Guardian also weitestgehend die Argumente der Kriegsgegner.

Der Contra-Bereich „Der Krieg ist legal“ fasst alle Aussagen zusammen, die den Eindruck erweckten, dass eine Rechtsgrundlage für eine militärische Intervention weder existiere noch in naher Zukunft zustande komme. Auch hier war der Contra-Bereich deutlich häufiger, nämlich 85 mal (9,7 %) zu kodieren, als der komplementäre Pro-Bereich. Nur in 3,3 % aller Aussagen wurde über eine existierende Rechtsgrundlage oder eine kurz bevorstehende Mandatierung argumentiert. Die Kluft zwischen Pro- und Contra-Argumenten fällt hier etwas geringer aus als im Fall des Argumentationsbereichs „Wir handeln demokratisch“.

Der Abstand zwischen Pro- und Contra-Argumenten fällt mit Blick auf die anderen vier Argumentationsbereiche merklich geringer aus. 38 mal war der Pro-Bereich „Krieg ist kein Problem“ zu kodieren. In 4,4 % aller Fälle wurde die Anwendung militärischer Gewalt unter den Gesichtspunkten der Effektivität bzw. Effizienz positiv bewertet oder alternative Vorgehensweisen wurden als weniger effektiv bzw. effizient bewertet. Auf der anderen Seite bezeichnete eine Mehrheit von 7,4 % der Argumente einen Krieg als wenig effektiv bzw. effizient oder alternative Strategien als effektiver bzw. effizienter.

In ähnlicher Weise verteilten sich Pro- und Contra-Argumente innerhalb des Argumentationsbereichs „Wir haben Verbündete“. Hier waren 60 Fälle (6,9 %) zu verzeichnen, in denen bestritten oder relativiert wurde, dass auch andere Staaten eine militärische Intervention unterstützten oder dass man selbst Verbündeten gegenüber verpflichtet sei, eine militärische Intervention zu unterstützen. Nur 3,7 % aller Argumente waren dem entsprechen Pro-Bereich zuzuordnen.

Noch etwas ausgeglichener fällt die Bilanz mit Blick auf den Argumentationsbereich „Wir handeln im UN-Rahmen“ aus. 45 Argumente (5,2 %) konstituieren hier den Pro-Bereich, während 63 Argumente (7,2 %) dem Contra-Bereich zuzuordnen waren. Während Pro-Argumente unterstellten, eine kriegsbefürwortende Regierung agiere gegenwärtig, generell oder zukünftig im UN-Rahmen bzw. habe bereits früher unter dem Dach der UN agiert, versammelt der Contra-Bereich Argumente, die dies bestritten oder die Art und Weise des Engagements im Rahmen der UN kritisierten.

Innerhalb des Argumentationsbereichs „Das ist unser Ziel“ thematisierten immerhin 42 Aussagen (4,8 %) ein politisches Ziel, das durch die Anwendung militärischer Gewalt erreicht werden sollte. In 7 % aller Fälle wurde im Gegenteil ein Kriegsziel kritisiert, sein Erreichen wurde in Frage gestellt, nicht intendierte negative Kriegsfolgen wurden problematisiert oder hinter den offiziell proklamierten Zielen wurden illegitime verborgene Agenden vermutet.

Mit Blick auf die dargestellten Ergebnisse lässt sich schlussfolgern, dass sich kriegsbefürwortende und kriegsablehnende Argumente bezogen auf die Argumentationsbereiche keineswegs gleich verteilten. In sechs der acht Argumentationsbereiche dominierten Contra-Argumente die Berichterstattung jeweils deutlich, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Der Argumentationsbereich „Der Irak ist das Problem“ bildet hier eine gewichtige Ausnahme, da er die mit Abstand meisten Argumente überhaupt, mehrheitlich jedoch kriegsbefürwortende Argumente beinhaltet. Eine zweite Ausnahme stellt der Argumentationsbereich „Unser Nach-Kriegs-Plan“ dar, weil weder Pro- noch Contra-Argumente in größerem Umfang thematisiert wurden. Ob ein Argument bzw. ein Artikel eine Kriegsbeilegung argumentativ stützte oder ablehnte, hing somit in einem hohen Ausmaß vom jeweiligen Argumentationsbereich ab.

4.2 Im Rahmen von Argumentationsbereichen zitierte Akteure

Hier soll analysiert werden, welche Akteure wie häufig innerhalb welcher Argumentationsbereiche zitiert wurden. Die Ergebnisse geben Aufschluss darüber, mittels welcher Argumente es den Akteuren gelang, medial für ihre Positionen zu werben. Die Analyse beschränkt sich der besseren Übersichtlichkeit wegen auf die wichtigsten fünf Akteurs-Gruppen und spart den kaum thematisierten Argumentationsbereich „Unser Nach-Kriegs-Plan“ aus. Verglichen wird jeweils der Anteil der Argumente, die ein Argumentationsbereich insgesamt auf sich vereinigte (vgl. Spalte Total) mit dem Anteil der Argumente einer Akteurs-Gruppe, die auf einen bestimmten Argumentationsbereich entfielen.

Es fällt auf, dass die Akteure jeweils innerhalb eines Argumentationsbereichs besonders häufig zitiert wurden (vgl. Tab. 3). Sowohl die US-Regierung als auch die britische Regierung waren außergewöhnlich häufig als zitierte Akteure innerhalb des Argumentationsbereichs „Irak ist das Problem“ zu kodieren. Während diesem Bereich insgesamt immerhin 23,3 % aller Argumente zugeordnet wurden, problematisierten sogar 36,1 % bzw. 44,4 % der den beiden Regierungen zugewiesenen Argumente die irakische Politik.

	Urheber der Argumente					Total
	GB-Re-gierung	US-Re-gierung	Labour-Par-ty	Kritische Regierun-gen	Guardian	
Der Irak ist das Problem	60 36.1%	24 44.4%	14 20.0%	9 14.8%	42 14.5%	149 23.2%
Wir handeln demokratisch	8 4.8%		18 25.7%	1 1.6%	68 23.4%	95 14.8%
Der Krieg ist legal	23 13.9%	3 5.6%	7 10.0%	24 39.3%	35 12.1%	92 14.4%
Wir handeln im VN-Rahmen	25 15.1%	8 14.8%	9 12.9%	8 13.1%	38 13.1%	88 13.7%
Das ist unser Ziel	21 12.7%	8 14.8%	8 11.4%	3 4.9%	30 10.3%	70 10.9%
Krieg ist kein Problem	19 11.4%	8 14.8%	3 4.3%	11 18.0%	27 9.3%	68 10.6%
Wir haben Verbündete	10 6.0%	3 5.6%	11 15.7%	5 8.2%	50 17.2%	79 12.3%
Total	166 100.0%	54 100.0%	70 100.0%	61 100.0%	290 100.0%	641 100.0%

Tabelle 3

Vertreter der Labour-Party wie auch des Guardian kritisierten die Regierung dagegen überproportional häufig über den Argumentationsbereich „Wir handeln demokratisch“. Entfielen insgesamt 14,8 % aller Argumente auf diesen Bereich, so waren es im Fall des Guardian 23,4 % und bei Angehörigen der Labour Party sogar 25,7 %.

Besonders signifikant ist die hohe Zahl der dem Argumentationsbereich „Der Krieg ist legal“ zugeordneten Argumente, in deren Zusammenhang eine kriegsablehnende Regierung zitiert wurde. 39,3 % der Argumente kriegsablehnender Regierungen wurden diesem Bereich zugeordnet, während im Durchschnitt lediglich 14,4 % der Argumente innerhalb dieses Bereichs codiert wurden.

Im Vergleich zu den angesprochenen Argumentationsbereichen entsprachen die Anteile der Argumente, die den übrigen Bereichen jeweils pro Akteurs-Gruppe zugeordnet wurden, relativ genau dem Anteil der Argumente, die insgesamt auf die jeweiligen Bereiche entfielen.

Mitnichten also verteilten sich die Argumente der Akteursgruppen gleichmäßig auf die Argumentationsbereiche. Stattdessen bevorzugte jede Akteurs-Gruppe einen spezifischen Argumentationsbereich, in dem sie die Diskurshoheit inne hatte bzw. sich diese mit einer anderen Akteurs-Gruppe teilte.

4.3 Die Verteilung der Argumente innerhalb der einzelnen Argumentationsbereiche

Bisher wurden die Argumentationsbereiche weitgehend als gleichförmige Argumente auf sich vereinigende Blöcke analysiert. Tatsächlich sollten alle unter dem Dach eines Argumentationsbereichs versammelten Argumente wichtige gemeinsame Merkmale aufweisen. Indes unterschieden sich die Argumente innerhalb der einzelnen Argumentationsbereiche häufig sehr stark voneinander. Aus diesem Grund wurden Unter-Kategorien konstruiert, die im Folgenden zum Gegenstand der Analyse werden.

Wie viele Argumente, so die Frage in Bezug auf alle acht Argumentationsbereiche, konnten welche Unter-Kategorien auf sich vereinigen? Die inhaltlichen Bedeutungen der jeweils am häufigsten thematisierten Unter-Kategorien sollen anhand ihrer Definitionen erörtert werden. Wo dies eines besseren Verständnisses wegen sinnvoll zu sein scheint und wo Argumente typischerweise bestimmten Akteuren zuzuordnen waren, werden zur Veranschaulichung der Definition typische Textbeispiele herangezogen.

4.3.1 „Irak ist das Problem“

Mit 202 Argumenten wurde der Argumentationsbereich „Irak ist das Problem“ mit Abstand am häufigsten thematisiert. Hier subsumierte Aussagen beschrieben die Politik Iraks bzw. Saddam Husseins als problematisch, d.h. im negativen Sinne folgenreich für die irakische Bevölkerung, andere Staaten, die internationale Gemeinschaft oder hinterfragten eben diese Diagnose.

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte %
Pro: Massenvernichtungswaffen	52	25.7	25.7
Pro: Terrorkooperation	28	13.9	39.6
Pro: Verstoß gegen UN-Resolution	28	13.9	53.5
Contra: Massenvernichtungswaffen	26	12.9	66.3
Contra: Terrorkooperation	16	7.9	74.3
Contra: Verstoß gegen UN-Resolution	16	7.9	82.2
Pro: Menschenrechtsverletzungen	14	6.9	89.1
Pro: Saddam, das personifizierte Böse	9	4.5	93.6
Pro: Destabilisierung der Region	5	2.5	96.0
Contra: „Schurkenstaat“ Nr. 1	3	1.5	97.5
Contra: Saddam, das personifizierte Böse	2	1.0	98.5
Pro: „Schurkenstaat“ Nr. 1	1	0.5	99.0
Pro: Irak als negatives Beispiel	1	0.5	99.5
Contra: Menschenrechtsverletzungen	1	0.5	100.0
Total	202	100.0	

Tabelle 4

Innerhalb dieses Argumentationsbereichs entfielen die meisten, nämlich 52 Argumente auf die Unter-Kategorie kriegsbefürwortender Argumente „Massenvernichtungswaffen“ (vgl. Tab. 4). 25,7 % aller Argumente dieses Argumentationsbereichs unterstellten somit, Massenvernichtungswaffen würden bzw. wurden durch Irak in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft angeschafft, besessen oder eingesetzt oder Irak habe dies versucht bzw. strebe dies momentan oder zukünftig an. Die komplementäre Unter-Kategorie kriegsablehnender Argumente verzeichnete mit 26 Argumenten (12,9 %) die meisten Thematisierungen aller Unter-Kategorien kriegsablehnender Argumente, was einmal mehr auf einen hohen Stellenwert des Themas Massenvernichtungswaffen innerhalb des Diskurses hindeutet.

Die Unter-Kategorien kriegsbefürwortender Argumente „Terrorkooperation“ und „Verstoß gegen UN-Resolution“ wurden mit jeweils 28 Nennungen ebenfalls vergleichsweise häufig thematisiert. In 13,9 % aller diesem Argumentationsbereich zugeordneten Fälle wurde demnach argumentiert, Irak kooperiere bzw. kooperierte in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft mit Terroristen, unterhält bzw. unterhielt Kontakte mit diesen oder unternahm bzw. unternimmt den Versuch der Kooperation oder Kontaktaufnahme. Dies wurde in 16 Fällen (7,9 %) bestritten, für nicht erwiesen erklärt oder relativiert. Ebenfalls 13,9 % der Aussagen konstatierten, Irak verstoße gegenwärtig oder zukünftig gegen UN-Resolutionen oder habe dies in der Vergangenheit getan. Wiederum 16 Aussagen bestritten oder relativierten irakische Verfehlungen in diesem Bereich oder betonten im Gegenteil, Irak kooperiere mit den UN. Typischerweise vertraten Angehörige der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) diesen Standpunkt, so z. B. wenn ein IAEO-Sprecher feststellte: „We’ve been getting where and when we want to get, and we’ve been generally succesful in getting what we need“ (Borger/Whitaker/Norton-Taylor 2003).

Die viert wichtigste Unter-Kategorie kriegsbefürwortender Argumente stellte mit 14 Thematisierungen die Unter-Kategorie „Menschenrechtsverletzungen“ dar. 6,9 % der Argumente verwiesen darauf, dass der irakische Staat Menschenrechte irakischer Bürger verletze. Auch Aussagen, die sich auf mangelnde demokratische Strukturen und Prozesse innerhalb Iraks bezogen, wurden hier subsumiert. Widerspruch provozierte das Menschenrechts- und Demokratieargument lediglich in einem Fall.

Alle weiteren Unter-Kategorien wurden jeweils in weniger als 10 Fällen bzw. in weniger als fünf Prozent aller Argumente thematisiert. Dies gilt sowohl für Aussagen die darauf abzielten, Saddam Hussein als das personifizierte Böse oder Irak als destabilisierende Kraft im Nahen und Mittleren Osten darzustellen als auch für Argumente, die Irak als gefährlichsten „Schurkenstaat“ auswiesen oder zu bedenken gaben, andere „Schurkenstaaten“ würden sich, dem schlechten irakischen

Vorbild nacheifernd, ebenfalls Massenvernichtungswaffen beschaffen.

Resümierend lässt sich mit Bezug auf den Argumentationsbereich „Irak ist das Problem“ sagen, dass alle Unter-Kategorien kriegsbefürwortender Argumente häufiger thematisiert wurden als die jeweiligen Unter-Kategorien kriegsablehnender Argumente. Drei Unter-Kategorien kriegsbefürwortender Argumente prägten die Berichterstattung jedoch in besonderer Weise, indem sie über die Hälfte aller Argumente auf sich vereinigten. Herausragende Bedeutung kam der Unter-Kategorie „Massenvernichtungswaffen“ zu, wichtig waren darüber hinaus die Unter-Kategorien „Terrorkooperation“ und „Verstoß gegen UN-Resolution“. Im Ergebnis bildeten diese drei Themen das argumentative Rückgrat des kriegsbefürwortenden Diskurses. Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite innerhalb Iraks wurden dagegen eher selten thematisiert.

4.3.2 „Krieg ist kein Problem“

Der Argumentationsbereich „Krieg ist kein Problem“ versammelt Aussagen, die die Anwendung militärischer Gewalt unter den Gesichtspunkten der Effektivität bzw. Effizienz bewerteten oder alternative Vorgehensweisen dahingehend beurteilten.

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte %
Contra: Krieg als geeignetes Mittel	31	32.0	32.0
Contra: Vermeidung eigener Kosten	18	18.6	50.5
Pro: Kriegsdrohung ist notwendig	15	15.5	66.0
Pro: Krieg als geeignetes Mittel	14	14.4	80.4
Contra: Vermeidung von „Kollateralschäden“	9	9.3	89.7
Pro: Wir gewinnen	5	5.2	94.8
Contra: Kriegsdrohung ist notwendig	2	2.1	96.9
Pro: Vermeidung eigener Kosten	1	1.0	97.9
Pro: Vermeidung von „Kollateralschäden“	1	1.0	99.0
Contra: Wir gewinnen	1	1.0	100.0
Total	97	100.0	

Tabelle 5

Mit 31 Aussagen entfielen die mit Abstand meisten Argumente innerhalb dieses Argumentationsbereichs auf die Unter-Kategorie kriegsablehnender Argumente „Krieg als geeignetes Mittel“ (vgl. Tab. 5). In 32 % der Fälle wurde somit bestritten, dass eine militärische Intervention das geeignete Mittel sei, um ein politisches Ziel zu erreichen oder eine andere Vorgehensweise wurde als erfolgversprechender dargestellt. Meistens waren es Waffeninspektionen, die typischerweise von Inspektoren oder kriegsablehnenden Regierungen vorgeschlagen wurden. So z. B. vom französischen Präsidenten Jacques Chirac, „who last night reiterated his opposition to war against Iraq without giving UN weapons inspectors as much time as they needed to search for banned weapons“ (Henley 2003). In 14,4 % aller Fälle ist im Gegenteil argumentiert worden, eine militärische Intervention sei das wirkungsvollste Instrument oder die Effektivität von Inspektionen wurde angezweifelt. Mit 14 Argumenten rangiert die entsprechende Unter-Kategorie kriegsbefürwortender Argumente innerhalb dieses Argumentationsbereichs auf Rang vier der am häufigsten thematisierten Unter-Kategorien.

18 Aussagen waren mit Bezug auf die Unter-Kategorie kriegsablehnender Argumente „Vermeidung eigener Kosten“ zu kodieren. 18,6 % aller Argumente dieses Argumentationsbereichs zweifelten somit daran, dass militärische Gewalt im Allgemeinen, in der Vergangenheit, zukünftig oder im Fall Irak unter Vermeidung bzw. Begrenzung eigener Kosten oder Opfer angewendet werden kann bzw. konnte. Nur in einem Fall wurde der Einsatz militärischer Gewalt diesbezüglich als effizient beurteilt.

Häufiger als der Einsatz militärischer Gewalt, nämlich in 15 Fällen, wurde die Drohung mit Militärgewalt positiv beurteilt. 15,5 % der Argumente hielten es für notwendig oder sinnvoll, Irak den Einsatz militärischer Gewalt anzudrohen. Für gewöhnlich waren es US-amerikanische oder britische Regierungsvertreter, wie der britische Foreign Secretary Jack Straw, die vorgaben, den Einsatz militärischer Gewalt durch eine abschreckende Drohung verhindern zu wollen: „But we know that the Iraqi regime will not comply without the credible threat of force, and therefore while we do not seek confrontation, we will not shirk it“ (Gregoriadis/White 2002). Lediglich zwei Aussagen bewerteten eine solche Drohung als wenig effektiv. Damit stellt die entsprechende Unter-Kategorie kriegsbefürwortender Argumente die am häufigsten thematisierte Unter-Kategorie kriegsbefürwortender Argumente innerhalb dieses Argumentationsbereichs dar.

In immerhin neun Fällen war die Unter-Kategorie kriegsablehnender Argumente „Vermeidung von Kollateralschäden“ zu kodieren. Während etwaige eigene Opfer und Kosten in 18,6 % der Fälle beklagt wurden, prognostizierten 9,3 % der Ar-

gumente „Kollateralschäden“ auf irakischer Seite. Nur eine Aussage hielt dagegen, „Kollateralschäden“ könnten begrenzt oder vermieden werden.

Kaum eine Rolle spielte die Unter-Kategorie „Wir gewinnen“. Die Erfolgchancen militärischen Vorgehens wurden weder als Pro- und noch als Contra-Argument in nennenswertem Ausmaß thematisiert.

4.3.3 „Wir haben Verbündete“

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte %
Contra: Wir werden unterstützt	31	33.7	33.7
Contra: Kooperation ist notwendig	29	31.5	65.2
Pro: Kooperation ist notwendig	18	19.6	84.8
Pro: Wir werden unterstützt	14	15.2	100.0
Total	92	100.0	

Tabelle 6

Innerhalb des Argumentationsbereichs „Wir haben Verbündete“ dominierten die Unter-Kategorien kriegsablehnender Argumente (vgl. Tab. 6). Besonders eindeutig fiel die Dominanz der 31 Argumente umfassenden Unter-Kategorie kriegsablehnender Argumente „Wir werden unterstützt“ über die nur 14 Aussagen starke Unter-Kategorie kriegsbefürwortender Argumente aus. Während in lediglich 15,2 % der Fälle Staaten außer den USA und Großbritannien als politische bzw. militärische Unterstützer eines Krieges genannt wurden, stellten 33,7 % der Argumente darauf ab, dass andere Staaten eine militärische Intervention nicht unterstützten.

Etwas weniger eindeutig divergierende Thematisierungshäufigkeiten prägten die Unter-Kategorien „Kooperation ist notwendig“. 18 Aussagen bzw. 19,6 % aller Argumente befanden, Großbritannien müsse eine militärische Intervention der USA unterstützen. In 29 Fällen oder 31,5 % aller Aussagen wurde dem widersprochen. Während kritische Stimmen nicht selten aus den Reihen der Labour-Party kamen, wurde die Notwendigkeit einer Kooperation häufig von der britischen Regierung unterstellt:

„He [Tony Blair] scornfully rejected the complaint within Labour’s own ranks that he acts as Whashington’s loyal poodle over Iraq, al-Qaida and the war on terror. He said that as America’s closest ally, Britain could, influence them to continue to broaden their agenda’ not simply because the US is so powerful, ,but because we share their values“ (White/MacAskill 2003a).

4.3.4 „Das ist unser Ziel“

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte %
Contra: Verborgene Ziele	20	22.2	22.2
Pro: Entwaffnung	20	22.2	44.4
Contra: Stabilisierung des Nahen Ostens	14	15.6	60.0
Contra: Beendigung der Terrorkooperation	13	14.4	74.4
Pro: Stop der Menschenrechtsverletzungen	7	7.8	82.2
Pro: Beendigung der Terrorkooperation	5	5.6	87.8
Pro: Stabilisierung des Nahen Ostens	4	4.4	92.2
Pro: Abschreckung	3	3.3	95.6
Contra: Stop der Menschenrechtsverletzungen	2	2.2	97.8
Contra: Entwaffnung	1	1.1	98.9
Contra: Abschreckung	1	1.1	100.0
Total	90	100.0	

Tabelle 7

Analog zum Argumentationsbereich „Irak ist das Problem“, in dessen Rahmen Massenvernichtungswaffen am häufigsten problematisiert wurden, bildete die „Entwaffnung“ Iraks das in den meisten Fällen ausgegebene Ziel einer militärischen Intervention (vgl. Tab. 7). 20 Aussagen bzw. 22,2 % der Argumente des Argumentationsbereichs „Das ist unser Ziel“ gaben dieses Ziel vor, während nur in einem Fall kritisiert wurde, dass Irak entwaffnet werden soll bzw. in Frage gestellt wurde,

dass dieses Ziel erreicht wird.

Ebenfalls 20 Aussagen vermuteten dagegen illegitime „Verborgene Ziele“ hinter den offiziell ausgegebenen Kriegszielen. So nannte ein Kommentator des Guardian auch in anderen Artikeln häufig angeführte Motive, als er mit Blick auf George Bushs Interessenlage feststellte: „He has mid-term elections to consider, oil supplies to secure and a flagging war on terror to revive“ (Monbiot 2002).

Weitere Contra-Argumente bezogen sich insbesondere auf nicht intendierte negative Folgen einer militärischen Intervention. Während eine „Stabilisierung des Nahen Ostens“ in lediglich vier Fällen als Ziel angesprochen wurde, stellten 14 Aussagen bzw. 15,6 % aller Argumente in Frage, dass dieses Ziel erreicht wird oder kritisierten die Zielstellung an sich. Häufig wurde im Gegenteil prognostiziert, ein Krieg könne den Nahen Osten weiter destabilisieren.

Als ähnlich kontraproduktiv wurde ein Krieg in Bezug auf die „Beendigung der Terrorkooperation“ bewertet. 13 Aussagen bzw. 14,4 % aller Argumente dieses Argumentationsbereichs kritisierten das Ziel oder zweifelten daran, dass dieses Ziel mittels einer militärischen Intervention gegen Irak erreicht wird. „Of course“, so der Guardian „a war against Iraq is not just a foolish diversion from fighting terror, it is a sure-fire way to fuel it“ (Freedland 2003).

Relativ wenig Argumente entfielen auf die Unter-Kategorien „Stopp der Menschenrechtsverletzungen“ und „Abschreckung“. Weder das Ziel der Schaffung eines demokratischen und die Menschenrechte wahrenenden Iraks, noch das Argument, ein Krieg gegen Irak würde „andere Schurkenstaaten“ abschrecken, wurden im Vorfeld des Krieges in größerem Ausmaß diskutiert.

4.3.5 „Wir handeln demokratisch“

Der Argumentationsbereich „Wir handeln demokratisch“ fasst Argumente zusammen, die den demokratischen Charakter britischen Regierungshandelns bezüglich einer Beteiligung am Irak-Krieg diskutierten.

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte %
Contra: Im Namen der Menschheit	50	40.7	40.7
Contra: Spin und Propaganda	37	30.1	70.7
Pro: Im Namen der Menschheit	15	12.2	82.9
Contra: Parlamentsanhörung	9	7.3	90.2
Pro: Parlamentsanhörung	4	3.3	93.5
Contra: Parlamentsentscheidung	4	3.3	96.7
Pro: Spin und Propaganda	4	3.3	100.0
Total	123	100.0	

Tabelle 8

Es handelte sich hier um den am stärksten durch ein Übergewicht an Contra-Argumenten geprägten Argumentationsbereich (vgl. Tab. 8). Dabei konzentrierten sich über 70 % der Argumente dieses Frames auf gerade einmal zwei Unter-Kategorien kriegsablehnender Argumente.

Allein die Unter-Kategorie „Im Namen der Mehrheit“ umfasste 50 Aussagen. 40,7 % der Aussagen des Argumentationsbereichs brachten somit zum Ausdruck, dass ein großer Teil der Bevölkerung, der Parlamentarier oder der Labour-Abgeordneten, wichtige zivilgesellschaftliche Institutionen, Einzelpersonen oder Minister eine militärische Intervention ablehnten. Lediglich 15 Aussagen bzw. 12,2 % der Argumente vermittelten den gegenteiligen Eindruck, die Regierungspolitik werde von entsprechenden Mehrheiten getragen.

Neben fehlender demokratischer Verankerung musste die Regierung sich besonders häufig Propaganda, schlechte Informationspolitik oder Unglaubwürdigkeit vorwerfen lassen. Die entsprechende Unter-Kategorie „Spin und Propaganda“ war in 37 Fällen bzw. in Bezug auf 30,1 % der Argumente zu kodieren. Lediglich vier Aussagen attestierten der Regierung gute Öffentlichkeitsarbeit oder Informationspolitik.

In immerhin neun Fällen (7,3 %) wurde der Regierung zur Last gelegt, sie beteilige oder höre das Parlament im Vorfeld einer Kriegsentscheidung in nicht ausreichendem Maße. In keinem Fall gaben Regierungsvertreter an, eine Kriegsentscheidung von einer Parlamentsmehrheit abhängig zu machen. Allerdings forderten dies auch nur vier Aussagen explizit ein.

Bilanzierend lässt sich feststellen, dass die Kritik an einem als undemokratisch empfundenen innenpolitischen Entscheidungsfindungsprozess den wichtigsten Argumentationsstrang innerhalb des kriegskritischen Diskurses bildete.

4.3.6 „Wir handeln im UN-Rahmen“

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte %
Contra: UN-Treue allgemein	49	45.4	45.4
Pro: Bemühen um Legalität	25	23.1	68.5
Pro: UN-Treue allgemein	20	18.5	87.0
Contra: Bemühen um Legalität	14	13.0	100.0
Total	108	100.0	

Tabelle 9

Innerhalb des Argumentationsbereichs „Wir handeln im UN-Rahmen“ entfielen fast die Hälfte aller Argumente, 48,1 % auf die Unter-Kategorie kriegsablehnender Argumente „UN-Treue allgemein“ (vgl. Tab. 9). 52 Aussagen warfen den kriegsbefürwortenden Regierungen somit vor, gegenwärtig oder generell außerhalb der UN bzw. ohne UN-Mandat zu agieren, dies in der Vergangenheit getan zu haben oder zukünftig so verfahren zu wollen.

Innerhalb dieser Unter-Kategorie wurde zusätzlich festgehalten, ob das jeweilige Contra-Argument eine Forderung an die britische Regierung enthielt, sich keinesfalls ohne UN-Mandat an Kriegshandlungen zu beteiligen. In 20 Fällen war eine solche Forderung zu verzeichnen, typischerweise aufgestellt von Vertretern der Labour Party. Die Mandatsfrage fungierte in vielen Fällen als Dreh- und Angelpunkt des Protestes: „„With a new UN resolution it [war] is manageable, but if Tony wants to do anything without UN support there will be serious mega-trouble,’ one influential moderate said yesterday“ (White/MacAskill 2003b).

Umgekehrt wurde ebenfalls notiert, ob eine Aussage die Ankündigung enthielt, notfalls auch ohne UN-Mandat zu intervenieren. Großbritannien oder die USA „signalled their readiness to attack Iraq without a UN mandate if the security council fails to agree on a common course of action“ (Borger 2002a) in 14 Fällen. Dabei betonten die USA und Großbritannien in der Regel ihre UN-Treue und legitimierten ihr Vorgehen mit dem Fehlverhalten der anderen Veto-Mächte:

„„We are completely committed to the United Nations route if that is successful. If, for example, we end up being vetoed on statements which are as plain as daylight that Iraq is in flagrant breach of United Nations resolutions, then of course we are in a different situation,’ Mr Straw told BBC Radio 4’s Today programme“ (Borger 2002a).

Im Gegensatz zur 52 Fälle einschließenden Unter-Kategorie kriegsablehnender Argumente wurde die Unter-Kategorie kriegsbefürwortender Argumente „UN-Treue allgemein“ nur 17 mal thematisiert. Lediglich 15,7 % aller diesem Argumentationsbereich angehörigen Aussagen führten das Argument, die kriegsbefürwortenden Regierungen handelten gegenwärtig oder generell innerhalb der UN bzw. mit UN-Mandat, hätten dies in der Vergangenheit getan oder würden zukünftig so verfahren.

In den meisten Fällen wurde UN-Treue deklaratorisch bekundet oder abgesprochen. Auf der Handlungsebene stellte jedoch auch das Einbringen einer Resolution einen Teil des Diskurses dar, weil so UN-Bezogenheit und Rechtstreue dokumentiert bzw. suggeriert werden konnten. 24 Aussagen bzw. 22,2 % aller Argumente thematisierten die entsprechende Unter-Kategorie kriegsbefürwortender Argumente „Bemühen um Legalität“. Dagegen sprachen 15 Aussagen (13,9 %) einem kriegsbefürwortenden Staat das Bemühen ab, eine Rechtsgrundlage schaffen zu wollen, kritisierten den Verhandlungsstil oder vermuteten unlautere Motive:

„„However this was not enough for Paris, which refuses to sign anything that could later be interpreted as a green light for an invasion. They are trying to smuggle in language that has already been rejected,’ said one French official“ (Borger/Henley/Paton-Walsh 2002).

4.3.7 „Der Krieg ist legal“

Am häufigsten wurde mit 54 Thematisierungen die Unter-Kategorie kriegsablehnender Argumente „Resolution rechtfertigt Krieg“ angesprochen (vgl. Tab. 10). 47,4 % aller innerhalb dieses Argumentationsbereichs verzeichneten Aussagen bestritten die Existenz einer Rechtsgrundlage explizit oder deuteten darauf hin, dass eine Rechtsgrundlage bis dahin nicht vorlag. Die überwiegende Zahl der hier kodierten Aussagen zeigte das Fehlen einer Rechtsgrundlage an, ohne dies explizit zu machen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass es im Vorfeld des Krieges eher darum ging, eine Rechtsgrundlage zu schaffen, als auf eine (nicht) existierende Norm zu verweisen. War z. B. von einem neuen Resolutionsentwurf der US-Amerikaner die Rede, so implizierte dies, dass eine ausreichende Rechtsgrundlage bis dato nicht bestand.

Im Gegenteil war die Unter-Kategorie kriegsbefürwortender Argumente zu kodieren, wenn z. B. Foreign Secretary Jack Straw argumentierte, man strebe eine Ermächtigungs-Resolution an, obwohl eine Rechtsgrundlage bereits bestehe. „„We do not rule out the possibility of being involved in military action within international law even if there is no UN security

council resolution. But I would prefer there to be a new resolution” (Wintour at al. 2002).¹ Dieses, auf das Bestehen einer Rechtsgrundlage abstellende Argumentationsmuster war jedoch in lediglich acht Fällen zu verzeichnen.

	Häufigkeit	Prozent	Kumulierte %
Contra: Resolution rechtfertigt Krieg	54	47.4	47.4
Contra: Mandatierung steht bevor	27	23.7	71.1
Pro: Mandatierung steht bevor	17	14.9	86.0
Pro: Resolution rechtfertigt Krieg	8	7.0	93.0
Pro: Selbstverteidigungsrecht	4	3.5	96.5
Contra: Selbstverteidigungsrecht	4	3.5	100.0
Total	114	100.0	

Tabelle 10

Von noch geringerer Bedeutung war die Rechtfertigung einer militärischen Intervention mit Verweis auf das in Art. 51 UN-Charta garantierte „Selbstverteidigungsrecht“. Die entsprechenden kriegsbefürwortenden und kriegsablehnenden Unterkategorien wurden in jeweils vier Fällen thematisiert, während Rechtfertigungen über die umstrittene Rechtsfigur der „Humanitären Intervention“²⁰ gar nicht vorkamen.

Neben Argumenten, die auf eine bereits bestehende Rechtsgrundlage abstellten, wurden 17 Aussagen (14,9 %) kodiert, die den Eindruck vermittelten, eine Mandatierung militärischer Gewalt sei wahrscheinlich oder stünde kurz bevor. Dies war z. B. der Fall, wenn Bulgarien als Mitglied des Sicherheitsrates ankündigte, that „„We will support a second UN resolution”” (Guardian 2003) oder wenn „Mr Bush appeared certain that the vote would take place today, ending two months of talks” (Borger 2002b).

Die Unter-Kategorie kriegsablehnender Argumente „Mandatierung steht bevor“ wurde jedoch in 27 Fällen und damit deutlich häufiger thematisiert. 23,7 % aller Aussagen dieses Argumentationsbereichs vermittelten den Eindruck, eine Mandatierung sei in naher Zukunft unwahrscheinlich.

5. Schlussbetrachtung

Im Rahmen der vorliegenden Studie wurde die Berichterstattung der britischen Tageszeitung The Guardian zur Frage einer britischen Beteiligung am Irak-Krieg analysiert. Mittels einer Argumentationsanalyse wurde erstens untersucht, wie viele Argumente im Vorfeld des Irakkrieges für und gegen eine Kriegsbeteiligung thematisiert wurden. Zweitens widmete sich der Autor der Frage, über welche Argumentationsbereiche Pro- und Contra-Argumente innerhalb der Berichterstattung des Guardian platziert wurden.

Mit Bezug auf interne Regierungsdokumente waren zunächst die außenpolitischen Ziele und Strategien der britischen Regierung im Vorfeld des Irak-Krieges erörtert worden (vgl. Abschn. 2). Das außenpolitische Ziel der britischen Regierung bestand sehr wahrscheinlich spätestens ab Juli 2002 darin, Saddam Hussein und das irakische Regime an der Seite der USA zu stürzen. Mittels einer nach Innen gerichteten Medienkampagne sollte die eher kriegsunwillige britische Öffentlichkeit mobilisiert und ein Stimmungsumschwung erreicht werden.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Berichterstattung des Guardian kriegskritische Argumente im Konflikt um eine britische Beteiligung am Irak-Krieg gegenüber kriegsbefürwortenden Argumenten leicht bevorzugte.

Hinzu kommt, dass Contra-Argumente tendenziell ausführlicher dargestellt und seltener kritisiert wurden als Pro-Argumente. Im Zusammenhang mit kriegsbefürwortenden Argumenten wurde die britische Regierung besonders häufig zitiert. Jedoch wurden ihre Argumente deutlich weniger ausführlich thematisiert als die den Vertretern der Labour-Party zugeschriebenen, meist kriegskritischen Argumente.

Die Debatte um eine britische Kriegsbeteiligung wurde jenseits der Primärunterscheidung zwischen pro und contra innerhalb verschiedener Argumentationsbereiche geführt. Der Regierung dürfte insbesondere die dominierende Charakterisie-

-
1. Die Regierungen Großbritanniens und der USA argumentierten in Folge irakischer Verstöße gegen die Waffenstillstands-Resolution 687 von 1991 mit dem Wiederaufleben der Ermächtigungs-Resolution 678 aus dem Jahr 1990 (vgl. Bothe 2003).
 2. Ob eine „Humanitäre Intervention“ völkerrechtliche Legitimität beanspruchen kann, ist umstritten. Dies gilt für UN-mandatierte „Humanitäre Interventionen“, in noch größerem Ausmaß allerdings für nicht-mandatierte „Humanitäre Interventionen“ (vgl. Hobe/Kimminich 2004, 331-341).

rung des irakischen Regimes bzw. der irakischen Politik als problematisch und gefährlich entgegengekommen sein. Sowohl die US-Regierung als auch die britische Regierung wurden außergewöhnlich häufig innerhalb dieses Argumentationsbereichs zitiert. Das extrem negativ gezeichnete Irakbild könnte, insofern es zum Fundament entsprechender Bedrohungswahrnehmungen wurde, die partielle Zustimmung der britischen Bevölkerung zu einer militärischen Intervention, ein ganzes Stück weit erklären.

Diese Erklärung drängt sich geradezu auf, denn in keinem anderen Argumentationsbereich haben sich die Argumente der Regierung durchgesetzt. Im Gegenteil dominierte der Eindruck, ein Krieg fordere Opfer und Kosten, werde für illegitime Ziele geführt und sei, was das Erreichen legitimer Ziele angeht, kontraproduktiv. Überdies wurde der innenpolitische Entscheidungsfindungsprozess tendenziell als undemokratisch und ein Einsatz militärischer Gewalt als völkerrechtswidrig dargestellt. Undemokratisches Regierungsverhalten wurde dabei überproportional häufig von Vertretern der Labour-Party kritisiert, während kriegskritische Regierungen den Aspekt völkerrechtlicher Illegalität besonders häufig hervorhoben. Die Frage, wie eine Nachkriegsordnung aussehen könnte, wurde lediglich am Rande thematisiert.

Zwar lässt sich hier nicht entscheiden, welche Bedeutung Versuchen politischer Einflussnahme in diesem Kontext zukommt. Festzuhalten bleibt jedoch, dass die Berichterstattung des Guardian einen Stimmungsumschwung, wie Foreign Secretary Jack Straw ihn im März 2002 forderte (vgl. Abschn. 2), weder widerspiegelte noch auszulösen vermochte.

Umfrageergebnisse bestätigen diesen Befund. Ab Dezember 2002 nahm die Ablehnung des Irakkrieges durch die britische Bevölkerung kontinuierlich zu und erreichte Mitte Februar 2003 ihren Höhepunkt (vgl. ICM Research 2003). Erst kurz vor Beginn der Invasion kam es zu einem Schwenk der öffentlichen Meinung, wahrscheinlich in Folge des „sich-um-die-Flaggescharen“-Effekts (vgl. Mueller 1985).

Kurz vor Beginn des Krieges wusste die britische Regierung neben der mehrheitlichen Bevölkerungsmeinung auch die Mehrheit der Labour-Abgeordneten des Unterhauses auf ihrer Seite. Am 19. März 2003 stimmten 412 der 561 Unterhaus-Abgeordneten einer Kriegsbeteiligung Großbritanniens zu. „Nur“ ein Drittel der Labour-Abgeordneten votierte für einen Anti-Kriegsantrag.

Die tendenziell kriegskritische Berichterstattung des Guardian hat die Mehrheit der Abgeordneten letztlich nicht entscheidend beeindrucken können. Womöglich eröffnete eine relativ große Meinungsheterogenität innerhalb der britischen Medienlandschaft Regierung und Abgeordneten willkommene Spielräume bezüglich ihrer Kriegsentscheidung (vgl. Löffelholz 2004, 41). In Betracht zu ziehen ist ebenfalls, dass andere Medien, wie z. B. die 3,4 Millionen Exemplare verkaufende „The Sun“ des Kriegsbefürworters Rupert Murdoch die Regierungspolitik in einem höheren Maße beeinflussen konnten, als es dem Guardian möglich war.

Folgende Forschungsdesiderata sollen mit Blick auf die Ergebnisse dieser Studie hervorgehoben werden: Erstens wäre zu prüfen, inwieweit die hier erzeugte Typologie unterschiedlicher Argumentationsbereiche (vgl. Tab. 2) verallgemeinerbar ist oder ob sie abhängig vom Konflikt, von der Konfliktphase, vom Land oder vom Medium variiert.

Zweitens wäre auf Grundlage der Argumentationsanalyse eine weitergehende Frame-Analyse durchzuführen. Frames zeichnen sich aus durch die Verknüpfung ihrer Einzelkomponenten und bilden einen Gesamtzusammenhang sich gegenseitig stützender Elemente (vgl. Gerhards/Neidhardt/Rucht 1998, 49). Zu untersuchen wäre, welche Argumentationsbereiche besonders häufig kombiniert und typischerweise innerhalb eines Artikels thematisiert wurden. Zu vermuten wäre bspw., dass über Massenvernichtungswaffen argumentierende Problemkonstruktionen häufig mit dem Handlungspostulat der Entwaffnung verknüpft wurden.

Auf der Analyse der Medieninhalte aufbauend, wäre drittens eine mehrdimensionale Analyse von Wirkungszusammenhängen auf allen Ebenen des Mediendiskurses, von den Public Relations (PR) politischer Akteure, über den PR-Output, den Journalismus, den Medien-Output, bis hin zur Publikumsmeinung, durchzuführen. Eine solch breit angelegte Untersuchung wäre geeignet, die Bedeutung des Mediendiskurses im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse aufzuklären.

Literatur

- Bamford, James (2005). *A pretext for war. 9/11, Iraq and the abuse of America's intelligence agencies*. New York: Anchor Books.
- Benninghaus, Hans (2001). *Einführung in die sozialwissenschaftliche Datenanalyse*. München: Oldenbourg Verlag.
- Blix, Hans (2004). *Mission Irak. Wahrheit und Lügen*. München: Droemer Verlag.
- Bluth, Christoph (2004). *The British road to war: Blair, Bush and the decision to invade Iraq*. In: *International Affairs* 50/ 5, 871-892.
- Borger, Julian (2002a). *Straw threat to bypass UN over attack on Iraq*. *Guardian*, 19.10.2002.
- Borger, Julian (2002b). *Security bill vital, Bush tells Senate*. *Guardian*, 08.11.2002.

- Borger, Julian; Henley, John; Paton-Walsh, Nick (2002). Russia and France reject latest draft resolution. *Guardian*, 23.10.2002.
- Borger, Julian; Whitaker, Brian; Norton-Taylor, Richard (2003). Iraq: no nuclear evidence. *Guardian*, 25.01.2003.
- Bothe, Michael (2003). Der Irak-Krieg und das völkerrechtliche Gewaltverbot. *Archiv des Völkerrechts* 41, 255-271.
- Christie, Thomas B. (2006). Framing rationale for the Iraq war. *International Communication Gazette* 68/5-6, 519-532.
- Clark, Andrew M.; Christie, Thomas B. (2005). Ready, ready, drop: A content analysis of coalition leaflets used in the Iraq war. *International Communication Gazette* 67/2, 141-154.
- Clarke, Michael (2004). The diplomacy that led to war in Iraq. In: Cornish, Paul (ed.), *The conflict in Iraq*. New York: Palgrave Macmillan, 27-58.
- Cornish, Paul (2004). *The conflict in Iraq, 2003*. New York: Palgrave Macmillan.
- Dahinden, Urs (2006). *Framing. Eine integrative Theorie der Massenkommunikation*. Konstanz: UVK.
- Danner, Marc (2006). *The secret way to war. The Downing Street memo and the Iraq war's buried history*. New York: New York Review Books.
- Entman, Robert M. (1993). Framing: Toward clarification of a fractured paradigm. *Journal of Communication* 43/ 4, 51-58.
- Entman, Robert M. (2007). Framing bias: Media in the distribution of power. *Journal of Communication* 57, 163-173.
- Foyle, Douglas C. (2004). Leading the public to war? The influence of American public opinion on the Bush administration's decision to go to war in Iraq. *International Journal of Public Opinion Research* 16/3, 269-294.
- Freedland, Jonathan (2003). War is not inevitable. *Guardian*, 22.01.2003.
- Früh, Werner (2004). *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. Konstanz: UVK.
- Gerhards, Jürgen; Neidhardt, Friedhelm; Rucht, Dieter (1998). *Zwischen Palaver und Diskurs – Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gregoriadis, Linus; White, Michael (2002). Straw seek Muslim support over Iraq. *Guardian*, 27.11.2002.
- Guardian (2003). Show of hands: how cotes may be cast. *Guardian*, 25.02.2003.
- Henley, Jon (2003). Dextrous president begins to manoeuvre away from anti-war axis with Germany. *Guardian*, 05.02.2003.
- Hobe, Stephan; Kimminich, Otto (2004). *Einführung in das Völkerrecht*. Tübingen: A. Francke Verlag.
- ICM Research (2002a). August 2002 Poll. Internet: <http://www.icmresearch.co.uk/reviews/2002/guardian-poll-aug-2002.htm> (Stand: 04.06.2007).
- ICM Research (2002b). September 2002 Poll. Internet: <http://www.icmresearch.co.uk/reviews/2002/guardian-poll-sept-2002.htm> (Stand: 04.07.2007).
- ICM Research (2003). Bombing Iraq XVII. Internet: <http://www.icmresearch.co.uk/reviews/2003/guardian-bombingiraq17-april-2003.htm> (Stand: 04.07.2007).
- Ipsos Mori (2001). Guardian Unlimited is MPs' Favourite Newspaper Website. Internet: <http://www.ipsos-mori.com/polls/2001/kar-mps.shtml> (Stand: 04.07.2007).
- Iraq Liberation Act (1998). Internet: <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/z?c105:H.R.4655.ENR>: (Stand: 04.07.2007).
- Kampfner, John (2003). *Blair's wars*. London: The Free Press.
- Keohane, Dan (2004). The United Kingdom. In: Danchev, Alex; MacMillan, John (eds.), *The Iraq war and democratic politics*. New York: Routledge, 59-76.
- Kliment, Tibor (1994). *Kernkraftprotest und Medienreaktionen. Deutungsmuster einer Widerstandsbewegung und öffentliche Rezeption*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Kluge, Susann; Kelle Udo (1999). *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. Opladen: Leske + Budrich.
- Kubbig, Bernd W. (2003). *Brandherd Irak. US-Hegemonieanspruch, die UNO und die Rolle Europas*. Frankfurt/NewYork: Campus Verlag.
- Löffelholz, Martin (2004). Krisen- und Kriegskommunikation als Forschungsfeld. Trends, Themen und Theorien eines hoch relevanten, aber gering systematisierten Teilgebietes der Kommunikationswissenschaften. In: Löffelholz, Martin (ed.), *Krieg als Medienereignis II. Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 13-55.
- Monbiot, George (2002). Inspection as invasion. *Guardian*, 08.10.2002.

- Müller, Harald (2002). Zwischen Information, Inszenierung und Zensur. Zum Verhältnis von Demokratie, Krieg und Medien. *HSFK Standpunkte* 4/2002.
- Mueller, John E. (1985). *War, presidents and public opinion*. Lanham: University Press of America.
- Münkler, Herfried (2003). *Der neue Golfkrieg*. Reinbek: Rohwohlt Verlag.
- Naughtie, James (2004). *The accidental American. Tony Blair and the presidency*. New York: Public Affairs.
- Nikolaev, Alexander G.; Hakanen, Ernest A. (eds.) (2006). *Leading to the 2003 Iraq war: The global media debate*. New York: Palgrave Macmillan.
- Project for the New American Century (1998). An open letter to president Clinton: „Remove Saddam from Power“. In: Sifry, Micah L.; Cerf, Christopher (eds.), *The Iraq War Reader. History, documents, opinions*. New York: Simon & Schuster, 199-201.
- Risen, James (2006). *State of war. The secret history of the CIA and the Bush administration*. New York: Free Press.
- Shawcross, William (2003). *The allies: The United States, Britain and Europe in the aftermath of the Iraqi war*. London: Atlantic Books.
- Snow, David A.; Benford, Robert D. (1988). Ideology, frame resonance and participant mobilization. In: Klandermans, Bert et al. (eds.), *From Structure to Action: Comparing Social Movement Research Across Cultures*. Greenwich: JAI Press, 197-218.
- White, Michael; MacAskill, Ewen (2003a). Listen to the world's fears, Blair tells US. *Guardian*, 08.01.2003.
- White, Michael; MacAskill, Ewen (2003b). Rebel MPs deliver war ultimatum. *Guardian*, 09.01.2003.
- Wintour, Patrick at al. (2002). France issues warning on Iraq as UN deadline nears. *Guardian*, 29.10.2002.
- Woodward, Bob (2004). *Plan of attack*. New York: Simon and Schuster.

Über den Autor: Dipl.-Soz. / M.P.S. Stephan Sielschott studierte Soziologie an der Universität Bielefeld sowie Peace and Security Studies am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Seit Februar 2008 promoviert er als Stipendiat im DFG-Graduiertenkolleg „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ der Philipps-Universität Marburg zum Thema „Die mediale Reproduktion einer gruppenbezogenen Ideologie der Ungleichwertigkeit“. Zudem ist er Mitarbeiter der Professur für Friedens- und Konfliktforschung am Marburger Zentrum für Konfliktforschung. Schwerpunktmäßig arbeitet er zur Medien- und Öffentlichkeitssoziologie, zur Soziologie sozialer Bewegungen sowie zur Friedensforschung und Internationalen Politik.

Adresse: DFG-Graduiertenkolleg „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, Philipps-Universität Marburg, Bunsenstraße 3, 35037 Marburg (Germany). eMail: stephan.sielschott@staff.uni-marburg.de.
Website: <http://www.uni-marburg.de/konfliktforschung/Mitarbeiter/sielschott>